

Ökonomie

Sik, Ota: Der dritte Weg. Die marxistisch-leninistische Theorie und die moderne Industriegesellschaft. Hoffmann und Campe Verlag, Hamburg 1972 (450 S., br., 38,— DM). (zit. I)

Sik, Ota: Argumente für den Dritten Weg. Hoffmann und Campe Verlag, Hamburg 1973 (213 S., br., 10,— DM). (zit. II)

Ota Sik ist kein Unbekannter: 1962 verfaßte er, damals Direktor des Ökonomischen Institutes der tschechoslowakischen Akademie der Wissenschaften, das Buch „Ökonomie, Interesse, Politik“, das einen wichtigen Beitrag zur Überwindung mechanistischer Vorstellungen der Stalinzeit leistete; später war er Wirtschaftsminister und stellvertretender Ministerpräsident der CSSR; 1968 verließ er das Land und lehrt jetzt als Ökonomieprofessor in St. Gallen (Schweiz).

Als „Resümee ... jahrelange(r) theoretische(r) Wandlung“ (I, 9) formuliert er heute: „Es gibt die Möglichkeit eines *dritten Weges*, und es ist nicht wahr, daß der ‚Antikommunismus‘ immer nur ein ‚Prokapitalismus‘ sein muß (I, 15 f.). In seinem Buch „Der dritte Weg“ geht es Sik darum, durch intensive Aufklärung die „beiden Welten“ und insbesondere ihre Intellektuellen einander näherzubringen. „Immer mehr selbständig Denkende auf beiden Seiten haben es satt, sich von fanatischen Ideologen in einen Welt-Antagonismus treiben zu lassen“ (I, 15). Die Einsicht in die Notwendigkeit „zur Überbrückung der theoretischen Kluft“ (ebenda) bleibt allerdings einer besonderen Spezies vorbehalten: „Wissenschaftlern, Publizisten, Künstlern, Pädagogen, Ärzten etc.“ (I, 98). Diesen, vor allen Dingen aber „der technischen und ökonomischen Intelligenz in den großen Betrieben wird früher als den Arbeitern bewußt, daß die Umwandlung des entfremdeten Eigentums in kollektives Eigentum aller Betriebsmitarbeiter, ... eine moderne Form eines kollektiven Eigentums an Produktionsmitteln, das ich (Sik) als Kollektivkapital bezeichne, immer mehr heranreift“ (I, 97).

Was Siks Argumentation bemerkenswert macht, ist nicht diese Propagierung des „Dritten Weges“, sondern sein Anspruch, diese „humane Idee des Sozialismus“ und die Notwendigkeit ihrer Realisierung wissenschaftlich auf der Basis des historischen Materialismus begründet zu haben. Der „historisch-materialistische Ausgangspunkt“ ist für Sik ein überzeitliches „Unternehmerinteresse“. Nur eine Gesellschaftsform, die eine derartige „spezifische Denkweise, Willensanstrengung, Kenntnisanhäufung, Initiative und Aktivitätsausrichtung“ (I, 67) freizusetzen vermöge, könne die Produktivkräfte adäquat weiterentwickeln und sei insofern historisch legiti-

miert. Das private Kapitalinteresse ist demzufolge „auch nur eine historisch spezifische Form dieses Unternehmerinteresses“ (I, 69), eine Form allerdings, die inzwischen nicht mehr die effektivste Nutzung des Kapitals garantiere. Meinte Sik, daß früher das mangelnde Interesse der Arbeiter an der Kapitalverwertung „durch den Druck und die Drohung der Arbeitslosigkeit in Schranken gehalten“ wurde, so bilde es jetzt ein großes Hindernis für „die effektivste Ausschöpfung der Produktionsressourcen in der Gesellschaft“ (I, 425). Mit dem Verschwinden der industriellen Reservearmee, die nur eine Begleiterscheinung des Frühkapitalismus gewesen sei, haben sich die Arbeiter einen konstant hohen Lohnanteil sichern können, der die Inflation anheize, weil er der historisch möglichen Entwicklung der Konsumgüterproduktion vorausseile. „Einseitige (!) Lohnkämpfe und das Mißtrauen gegenüber den kapitalistischen Profitten machten eine erfolgreiche Inflationsbekämpfung unmöglich“ (I, 95). Mit der historisch herangereiften Verlagerung des Unternehmerinteresses auf breite Schichten der Bevölkerung sei daher das (inflationstreibende) Lohninteresse mit dem Kapitalinteresse auszusöhnen: „Durch die kollektivierte Mehrwertaneignung wird allmählich das eng begrenzte Lohninteresse der arbeitenden Menschen an das Interesse an der effektivsten Ausnützung des Kapitals gebunden“ (I, 426). Die „Marktwirtschaft“, in der das „Knappheitsüberwindungsprinzip“ regiere und die fortwährende Anpassung der Produktion an den gesellschaftlichen Bedarf erzwingen, würde damit nicht angetastet. Sie sei aber von anderer Seite bedroht: Durch die zunehmende Monopolisierung wachse die Macht der „Produzenten“ gegenüber den „Nichtproduzenten“, die dieser nichts Gleichwertiges entgegensetzen haben. Daher müssen „die Bemühungen ... vor allem dahin gehen, in allen wichtigen politischen und wirtschaftlichen Organen eine Vertiefung der Demokratie in dem Sinn zu erreichen, daß eine paritätische Vertretung von Produzenten und Nichtproduzenten institutionell gesichert wird“ (I, 210). Von Interesse ist dabei, wie Sik den Begriff „Produzent“ bestimmt: „Die Produzenten im weitesten Sinne des Wortes, das heißt nicht nur Unternehmer, sondern auch die Arbeiter und Angestellten der Produktion“ (I, 212), sollen demnach in Aufsichtsräten und Parlamenten friedlich beieinander sitzen und sich mit ihren „Kontrahenten“ — Hausfrauen, Rentner, Künstler — auseinandersetzen. Durch diesen Trick, der die unproduktiven Mitglieder der Gesellschaft in die Reihe der Produzenten einschmuggelt und ihnen so eine Scheinlegitimation verschafft, wird vom Klassegegensatz abgelenkt.

Siks- Klassen- und Kapitalismusanalyse basiert auf einer breit angelegten Untersuchung über die prinzipielle Bedeutung der menschlichen Interessen für die ökonomische Entwicklung, ein Zusammenhang, der leider aus „politisch-ideologische(n) Gründe(n)“ (I, 48) vom offiziellen Marxismus bestritten oder gar nicht gesehen werde. Die Aufgabe, „das Wesen der ökonomischen Interessen weiter zu erforschen, ihren Zusammenhang mit den ökonomischen Verhältnissen, ihre Rolle in der Ökonomie, ihre spezifischen Entwick-

lungswege etc. zu erkennen“ (I, 50), sei um so dringender, als selbst Marx und Engels sich damit begnügten, „hie und da“ (I, 50) und auch dann nur den allgemeinsten Zusammenhang zwischen „Ökonomik“ und ökonomischen Interessen zu formulieren. Im Gegensatz zur Auffassung von Marx und Engels: „Die ökonomischen Verhältnisse einer gegebenen Gesellschaft stellen sich zunächst dar als Interessen“ (Engels, in: MEW 18, 274), sind für Sik Lohn- und Kapitalinteresse nicht Ausdruck antagonistischer Klassenverhältnisse. Sie sind unabhängig von diesen vorhanden und haben sich erst nachträglich „zu sozial gegensätzlichen Interessen“ entwickelt (I, 64). Während Marx und Engels die Bestimmungen weiter so entfalten, daß sie die oberflächlichen Formen, worin die ökonomischen Verhältnisse sich darstellen, auf ihren inneren Zusammenhang zurückführen und zugleich Verkehren im Alltagsbewußtsein der Individuen schrittweise dechiffrieren, beschränkt sich Sik in seiner Analyse unmittelbar auf die empirisch vorfindliche Wirklichkeit. Da Sik den „Sinn der Werttheorie“ in der „Tendenz zur Arbeitsäquivalenz“ (I, 165) sieht, andererseits aber gerade aus der Durchsetzung des Wertgesetzes — auch die Arbeitskraft wird zur Ware — das genaue Gegenteil folgt, nämlich nicht-äquivalenter Tausch, Aneignung fremder Arbeit, muß er sich dieses letztlich als sozialen Defekt erklären, als „fossilen Widerspruch“ (I, 425). Gerade weil das Ausbeutungsverhältnis der bürgerlichen Gesellschaft als Äquivalententausch erscheint, ist das Verhalten der Individuen durch ihr Interesse an der Ausgestaltung optimaler Austauschmöglichkeiten bestimmt. Die Sicherung der Revenue und ihre spezifische Verwendung erscheinen in den Köpfen der Produktionsagenten als verschiedene Interessen, über deren Aufzählung und Charakterisierung Sik nicht hinauskommt: „Konsuminteressen, Geldinteressen, Einkommensinteressen (Lohn-, Profit-, Zinseninteressen u. ä.)“ (I, 64). Gegenüber diesen Partikularinteressen erscheint dann der Staat als Vertreter eines umfassenden Gesamtinteresses, das sich auf die „Interesseneinheit aller Klassen gegen antisoziale Elemente und Handlungen“ (I, 383) gründet. Marx habe zwar zu seiner Zeit den Staat als Diktatur der Bourgeoisie charakterisieren können, wer aber heute die „Einflußmöglichkeit der Arbeiter und anderer arbeitenden Klassen und Schichten (Bauern, Handwerker, Bürokratie, Intelligenz etc.) auf den Staat“ leugne, ignoriere „wesentliche Änderungsprozesse dieser Demokratie“ (ebenda). Indem Sik allgemein eine maßgebliche Einflußmöglichkeit der Individuen und gesellschaftlichen Gruppen auf den Staat postuliert und zum Indiz für seinen zunehmend klassenneutralen Charakter macht, sitzt er dem Schein des bürgerlichen Staates auf, Wahrer der allgemeinen Interessen zu sein. Das „Allgemeinwohl“, das der bürgerliche Staat zu wahren hat, aber ist die Aufrechterhaltung des Kapitalverhältnisses; von daher sind der Realisierung besonderer Interessen allerdings natürliche Schranken gesetzt. Aus diesem Grund ist es auch nicht einfach „der bisherigen Unlust der interessenmäßig ganz bestimmt zusammengesetzten Organe“ geschuldet, wenn der Staat bisher keine „antimonopolistische Politik konsequent zu be-

treiben“ (I, 210) vermochte. Indem Sik den Klasseninhalt des bürgerlichen Staates leugnet, bestreitet er die Notwendigkeit des Kampfes der Arbeiterklasse um die politische Macht. „In kapitalistisch hochentwickelten Ländern, in denen die Arbeiterklasse weder die Mehrheit darstellt noch verelendet und auch nicht mehr der alleinige und entscheidende Träger der weiteren gesellschaftlichen Entwicklung ist, kann auch nicht mehr ein Interesse der Arbeiter an einer revolutionären Vernichtung des Kapitalismus entstehen“ (I, 95).

In seinem neuen Buch „Argumente für den Dritten Weg“, das seine Ideen in populärer Form in die Öffentlichkeit tragen soll, ist Sik inzwischen einige Schritte auf seinem Weg weitergegangen. Hier setzt er sich zunehmend mit seiner Argumentation, die unzweifelhaft auf der prosperierenden Nachkriegsentwicklung des westdeutschen Kapitalismus fußt, in Gegensatz zu den realen ökonomischen Entwicklungen: „Charakteristisch für den hochentwickelten Kapitalismus ist eine schnelle und andauernde Lohnsteigerung“ (II, 24). Man möchte wissen, wie es denn um diese Entwicklung bestellt wäre, wenn die Arbeiter — Siks Rat folgend — auf „übersteigerte Lohnforderungen“ verzichteten? Hiernach nicht weiter verwunderlich ist eine allgemeine, zutiefst reaktionäre Gewerkschaftskritik: „Neben den Interessen an Lohnkämpfen entstehen auch ausgesprochen spezifische bürokratische Machtinteressen“ (II, 22) und eine Kritik der Mitbestimmungsforderung, die bereits von den Befürchtungen des Arbeitgeberverbandes kaum mehr zu unterscheiden ist. „Eine Mitbestimmung ohne Mitbeteiligung, ohne Schaffung von Kapitalinteresse und Kapitalverantwortung ändert nichts an einseitigen Lohninteressen, und kann eventuell den Lohnkampf noch steigern und die Inflation weiter antreiben“ (II, 29). Im folgenden wird dann auch offener Antikommunismus formuliert: Die „Entfremdung der Produktion und der Produktionsbedingungen den Menschen gegenüber“ in den sozialistischen — für Sik „staatsmonopolistischen“ — Ländern sei „größer als die kapitalistische Entfremdung“ (II, 86). Für die betreffenden Länder sei als erstes ... das Ziel der beständigen militärischen Festigung und Stärkung des Regimes und auch seiner machtmäßigen Expansion zu nennen“ (II, 72). Es folgt daher der Aufruf zur Verschärfung der ökonomischen und politischen Konfrontation: „Das Bedürfnis der Erweiterung dieser Wirtschaftsbeziehungen ist in der Sowjetunion (...) stärker als in den westlichen Ländern. Leider sind sich viele wirtschaftspolitische und politische Organe im Westen dieser Tatsache nicht voll bewußt“ (II, 109). Gleichzeitig malt Sik einem sicher wohlwollenden Publikum das Gespenst der lautlosen „Systemänderung“ an die Wand: „Diese wachsende Staatsbürokratisierung der Wirtschaft (im Kapitalismus) bedeutet bereits eine Systemänderungstendenz, die in ihrem Endresultat — auch ohne kommunistische Vorzeichen — zu einem bürokratischen Staatsmonopolismus führen müßte“ (II, 13). Und die politischen Kräfte, die diesem „bürokratischen Staatsmonopolismus“ den Weg ebnen, nennt Sik auch gleich beim Namen: „Auch nichtkommunistische Adaptionen sozialistischer Gesellschaftsveränderungen, zum Beispiel starke linksgerichtete so-

zialdemokratische Strömungen haben im Grunde keine eigenen Gesellschaftsmodelle aufgestellt und müssen in ihren politischen Bestrebungen fast notwendig den Verdacht aufkommen lassen, eine bürokratische Verstaatlichung und totalitäre, dirigistische Planung zu verfolgen“ (I, 423).

Frank Neumann und Hans-Werner Overländer (Marburg)

Dadajan, V. S.: Ökonomische Gesetze des Sozialismus und optimale Entscheidungen. Akademie Verlag, Berlin/DDR 1973 (328 S., br., 19,50 M).

Dadajan ist seit langem als einer der produktivsten Wissenschaftler auf dem Gebiet der quantitativ orientierten Ökonomie sozialistischer Planungssysteme bekannt. In diesem Text, der 1970 in russisch erschien, unternimmt er den Versuch, ein globales Modell des Planungsprozesses der sozialistischen Volkswirtschaft auf *entscheidungslogischer* Basis zu entwickeln.

In der klassischen entscheidungslogischen Theorie des Optimalplans wird der ökonomisch günstigste Zusammenhang zwischen einer gesellschaftlichen Zielfunktion, einem System ökonomischer und sozialer Beschränkungen und den ökonomischen Variablen untersucht. Ziel ist die exakte Bestimmung der optimalen Verhältnisse zwischen den Eingangsgrößen (z. B. Arbeitsaufwand, Materialaufwand) und der Ausgangsgröße (z. B. Konsumgüterproduktion). Diese Theorie hat jedoch zwei Schwächen: (a) Es sind immer viele verschiedene Zielfunktionen denkbar, und die Entscheidungslogik selbst kann für die notwendige Auswahl keine überzeugenden Kriterien einsetzen. (b) Sie ist im Interesse der eindeutigen Lösbarkeit der Optimalaufgabe gezwungen, alle Ausgangsinformationen als Daten, d. h. als feststehend, zu behandeln. In Wirklichkeit gibt es aber in einer längeren Planungsperspektive fast keine konstanten Größen. Folge ist, daß ihre Modelle auf die Planungspraxis selbst nur beschränkt anwendbar sind.

Dadajan unternimmt dagegen den Versuch, „die funktionale Grundlage des Systems der ökonomischen Gesetze des Sozialismus“ (15) zu erörtern, um derart zu einer tragfähigeren Formulierung von Zielfunktionen und Effektivitätskriterien des Erreichens von Planoptima zu gelangen. Er beginnt mit einer Kritik an den Lehrbuchformulierungen dieser Gesetze, (1) dem ökonomischen Grundgesetz des Sozialismus, (2) dem Gesetz der planmäßigen, proportionalen Entwicklung der Volkswirtschaft und (3) dem Wertgesetz, und begründet den Zusammenhang dieser Gesetze aus der Perspektive ökonomischer Optimalität. Von seinem Standpunkt aus erscheint das